

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 (Durchwahl), Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Satz: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 11. August 1987

Blatt 1665

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Liesing: Lohnsteuerkartenreferat übersiedelt (1666)
- Neue Einbahnen im 1. Bezirk (1667)
- Maßnahmen zur naturnahen Erhaltung des Gütenbachs (1668)
- Kräftiger Investitionsanstieg zur Instandhaltung der Gemeindebauten (1669)
- Wiener Umweltpolizei besteht seit einem halben Jahr (1670/1671)
- Zilk kündigt die Schaffung von „Umweltärzten“ an (1672)
- Mayr: Getränkesteuer wird überall in gleicher Weise eingehoben (1673)
- Stationstunnel Herrengasse: Frühestens Mitte September wieder Vortrieb (1674/1675)
- Zilk-Kritik an Erlaß des Verkehrsministeriums (1676)
- Hatzl zur Müllverbrennung (1677)

Liesing: Lohnsteuerkartenreferat übersiedelt

Wien, 11.8. (RK-LOKAL) Für die Durchführung der Personenstands- und Betriebsaufnahme 1987 übersiedelt das Lohnsteuerkartenreferat des Magistratischen Bezirksamtes für den 23. Bezirk ab 14. August bis voraussichtlich Ende März 1988 in die Städtische Volksschule 23., Pülslgasse 28, Erdgeschoß. Das Lohnsteuerkartenreferat ist dann unter der Telefonnummer 86 75 31/245, 246 DW erreichbar. Wegen der Übersiedlung findet am Donnerstag, dem 13. August, Freitag, dem 14. August und Montag, dem 17. August, im Lohnsteuerkartenreferat kein Parteienverkehr statt. (Schluß) red/rr

Neue Einbahnen im 1. Bezirk

Wien, 11.8. (RK-LOKAL) Mittwoch vormittag treten im 1. Bezirk zwei neue Einbahnregelungen in Kraft. Die Schwertgasse wird Einbahn von der Wipplingerstraße bis zum Passauer Platz und der Passauer Platz beziehungsweise die Salvatorgasse werden Einbahn von der Schwertgasse bis zur Gasse Stoß im Himmel. Beide Einbahnen werden gegenüber der jetzigen Situation „umgedreht“.

Die Änderung der Einbahnführungen soll den Straßendienst- und Müllsammelfahrzeugen die Zufahrt in dieses Gebiet erleichtern. Zum Teil wird das Halteverbot in den Eckbereichen erweitert, damit die Servicefahrzeuge besser um die Kurve kommen. (Schluß) sc/rr

Maßnahmen zur naturnahen Erhaltung des Gütenbachs

Wien, 11.8. (RK-LOKAL) Der Gütenbach, ein natürlicher, nicht mit Beton regulierter Bach im Gütenbachtal im 23. Bezirk, soll naturnah erhalten bleiben. Dennoch waren bzw. sind Sanierungsmaßnahmen erforderlich. Die entsprechenden Arbeiten der MA 45 waren im Frühjahr durch Naturschützer blockiert worden. Auf Initiative von Umweltstadtrat Helmut BRAUN wurde daraufhin von der Umweltabteilung gemeinsam mit der Wiener Naturschutzjugend und der MA 45 die weitere Vorgangsweise einvernehmlich festgelegt. Zusätzlich wird einmal jährlich eine gemeinsame Besichtigung des Gütenbachs durchgeführt. Das berichtete Stadtrat Helmut BRAUN Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Folgende Maßnahmen zur Gewässerpflege sind in Zukunft für den Gütenbach geplant:

- Die MA 45 verzichtet auf bauliche Maßnahmen zur Sicherung des Bachprofils (ausgenommen sind unbedingt notwendige Sanierungsmaßnahmen im Bereich von Brücken, Häusern und einem Teil der Hochquellenleitung). Ein Teil der Bachstrecke wurde in den letzten Monaten bereits im Einvernehmen mit Naturschutzbehörde und Naturschutzjugend gesichert. In den kommenden Jahren sind keine weiteren Sicherungsarbeiten vorgesehen. Es muß allerdings der Bach verstärkt kontrolliert werden, um rechtzeitig zu erkennen, ob eventuelle Hochwässer weitere Maßnahmen notwendig machen. Entsprechende Arbeiten würden selbstverständlich nur im Einvernehmen mit der Naturschutzbehörde durchgeführt.
- Die MA 45 erstellt außerdem einen Gefahrenzonenplan für den Gütenbach.
- Im Umland des Baches soll nur eine gemäßigte Bewirtschaftung erfolgen.
- Der Stallung-Lagerplatz eines privaten Landwirtschaftsbetriebes ist zu sanieren.
- Zu den Maßnahmen, die direkt oder indirekt der Gewässerpflege dienen, gehört auch die Sperre der Gütenbachstraße für den Individualverkehr.
- Vorgesehen sind außerdem regelmäßige Begehungen des Baches gemeinsam mit der Wiener Naturschutzjugend und dem Österreichischen Arbeiterfischereiverband.

(Forts. mgl.) hrs/gg

Kräftiger Investitionsanstieg zur Instandhaltung der Gemeindebauten

Wien, 11.8. (RK-KOMMUNAL) Die Jahresabrechnung 1986 der Instandhaltungsausgaben für die 2.045 städtischen Wohnhäuser liegt nun vor. Danach stieg 1986 der Umfang der Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten an Gemeindebauten um 240 Millionen auf 1,534 Milliarden Schilling. Das ist eine Zunahme von 18,5 Prozent. Ermöglicht wurde dieser kräftige Investitionsschub trotz geringerer Einnahmen durch die Verwendung „angesparter“ Rücklagen sowie die Inanspruchnahme geförderter Sanierungsdarlehen. Dies gab Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER im Rahmen des Pressegesprächs des Bürgermeisters bekannt.

Der Vergleich der Abrechnungen 1985 und 1986 zeigt folgendes Bild: Die Einnahmen aus Hauptmietzins und Erhaltungsbeitrag betragen 1985 1,103 und 1986 1,080 Milliarden Schilling. Die Ausgaben für Instandhaltungsarbeiten betragen 1985 1,294 und 1986 1,534 Milliarden Schilling.

Der Rückgang der Einnahmen erklärt sich aus der zunehmenden Zahl von Verbesserungsarbeiten, die mit den günstigen Förderungen nach dem Wohnhaussanierungsgesetz (WSG) finanziert werden können. Für die Rückzahlung der dazu aufgenommenen Darlehen wird auch der Erhaltungsbeitrag in Anspruch genommen und somit die verbleibende Einnahme reduziert. Der Trend zu WSG-Sanierungen sichert damit auch die Finanzierung künftiger Instandhaltungs- und Verbesserungsarbeiten in vollem Umfang.

Viele Aufträge für die Wirtschaft

Die Ausgaben für Instandhaltungsarbeiten an städtischen Wohnhäusern sind zugleich Aufträge für die Wirtschaft. Insgesamt wurden Arbeiten an 367 Wohnhausanlagen mit zusammen 45.343 Wohnungen neu begonnen, fortgesetzt oder abgeschlossen. In 1.929 Stiegen wurden die Dächer instandgesetzt, in rund 31.000 Wohnungen der Anstrich der Fenster und Türen erneuert. 1.019 Hofwege wurden neu belegt, 89 Wärmedämmfassaden angebracht. 7.424 Elektrogebrechen und 10.942 Gas-Wasser-Gebrechen behoben, 23.700 Aufzugsstörungen behoben sowie insgesamt 4.583 Aufzüge und 5.235 Waschküchen instandgehalten. Mehr als 90.000 Firmenrechnungen gingen in die Buchhaltung ein.

Mehr Bauarbeitsplätze als 1985

Das Ansteigen der Investitionen für Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten brachte 1986 auch eine Zunahme der Bauarbeitsplätze. 1986 waren jeden Monat durchschnittlich 490 Menschen mehr durch Aufträge der Magistratsabteilung 27 beschäftigt als 1985. So lag die Beschäftigtenzahl 1985 bei durchschnittlich 3.844. Sie stieg 1986 auf durchschnittlich 4.334, was eine Zunahme von 12,7 Prozent bedeutet.

1986 stieg auch insgesamt die Zahl der durch Bauaufträge der Stadt Wien Beschäftigten von 10.392 (1985) auf 11.449, was eine Zunahme von 10,2 Prozent bedeutet. Der Anteil der durch Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten Beschäftigten an der Gesamtzahl der Baubeschäftigten stieg von 36,8 auf 37,7 Prozent. Wien schafft mehr als ein Drittel aller österreichischen Wohn-Bauarbeitsplätze. (Forts. mgl.) ah/gg

Wiener Umweltpolizei besteht seit einem halben Jahr

Bisher 500 Anrufe

Wien, 11.8. (RK-KOMMUNAL) Fünfhundert Anrufe verzeichnete die Wiener Umweltpolizei in den ersten sechs Monaten ihres Bestehens. Zwischen Februar und Juli 1987 folgten damit hunderte Wiener dem Aufruf von Bürgermeister Dr. Helmut Zilk, Umweltgefährdungen zu melden und durch die neugeschaffene Umweltpolizei beheben zu lassen. Die Umweltpolizei erreicht man über die Wiener Stadtinformation, Telefon 43 89 89. Außerhalb der Bürozeiten nennt ein Tonband jene Stelle, an die man sich bei akuten Umweltgefährdungen wenden kann. Über die Tätigkeit der Umweltpolizei zogen Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Umweltstadtrat Helmut BRAUN Dienstag im Bürgermeister-Pressesgespräch Bilanz.

Jeder Zweite klagt über Geruchsbelästigung

52 Prozent der Anrufe betrafen Geruchsbelästigungen, 18,7 Prozent Lärm, 3,9 Prozent Staub, 8,5 Prozent vergessene Baustofflagerungen, 1,2 Prozent Fragen in Zusammenhang mit dem Baumschnitt, 4,7 Prozent Umweltschäden durch Arbeiten an Kraftfahrzeugen, 3 Prozent Wasserverschmutzungen und 7,9 Prozent Sonstiges. Die Zahl der Anrufe lag im Februar und im März mit 121 und 110 bisher am höchsten und schwankt derzeit zwischen 55 und 80 pro Monat.

Umwelt-Funkstreifen für dringende Fälle

Bei einem Anruf unter der Telefonnummer der Wiener Stadtinformation (Telefon 43 89 89, werktags zwischen 7.30 Uhr und 18 Uhr) kann hier entschieden werden, ob, wie im Falle einer akuten Umweltgefährdung — eine Sofortmaßnahme durch einen mobilen „Umweltpolizisten“ notwendig ist. Dann wird eine „Umweltfunkstreife“ entsandt. Dafür gibt es eine eigene direkte Telefonverbindung ins Büro für Sofortmaßnahmen der Wiener Magistratsdirektion. Ansonsten werden Gespräche entweder — ebenfalls über eine direkt schaltbare Leitung an die städtische Umweltautorität beziehungsweise die Feuerwehr weitergeleitet oder die Wünsche entgegengenommen und der zuständigen Dienststelle der Stadt Wien zur Erledigung übergeben. In jedem Fall ist sichergestellt, daß der Anrufer entweder sofort eine Antwort oder Stellungnahme erhält beziehungsweise nach ersten Erhebungen oder nach der Erledigung informiert wird. Und es ist auch gewährleistet, daß je nach Art der gemeldeten Umweltgefährdung und Dringlichkeit die zuständigen Experten sehr rasch eingeschaltet werden.

Rasche Gegenmaßnahmen bei Umweltgefährdung

Die Mitarbeiter der Umweltpolizei haben die Kompetenz, rasch Gegenmaßnahmen bei Umweltgefährdungen anzuordnen, beziehungsweise werden die notwendigen Auflagen durch die beigezogenen Experten der zuständigen Fachdienststellen erteilt. Auf dem Leopoldsberg beispielsweise, wo Senkgrubenhalt in den angrenzenden Wald sprudelte, wurde die undichte Senkgrube über Auftrag der Umweltpolizei geleert, Baupolizei und Gewässeraufsicht sorgten dafür, daß es zu keiner Wiederholung des Vorfalls kommt. Oder auf der Donauinsel, wo ein Rowdy, der mit dem Moped durch einen frischgesetzten Jungwald raste, der Polizei übergeben wurde. Oder bei einem Heurigen, der ohne Bewilligung ausschenkte und wo sich der Besitzer über die Versiegelung seines Betriebes hinwegsetzte, durch eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Oder bei einer Diskothek, die ohne Bewilligung betrieben wurde und den Nachbarn das Leben zur Hölle machte, durch die Beschlagnahme der Lokaleinrichtung. Oder bei Betrieben, die durch Gerüche die Umwelt verpesteten, durch entsprechende gewerbebehördliche Auflagen.

Konkrete Angaben erleichtern raschen und zielführenden Einsatz

Konkrete Angaben von Anrufern erleichtern es, mitgeteilten Beschwerden nachzugehen. So sollte der Beschwerdeführer möglichst Namen, Anschrift und jene Telefonnummer bekanntgeben, unter der er über die Erledigung seiner Beschwerde informiert werden kann. Dann ist es wichtig, jene Stelle zu erfahren, von der aus die Umweltgefährdung festgestellt wurde, um den Verursacher leichter ermitteln zu können. Weitere Angaben betreffen die genaue Art, den Zeitpunkt und die Intensität der Umweltbelastigung. Schließlich sollte, wenn bekannt, auch der Verursacher mit Namen, Anschrift und eventuell Telefonnummer genannt werden, sodaß sich die Umweltpolizei sofort mit ihm ins Einvernehmen setzen kann. Darüberhinaus ist es für die Stadtinformation, die die Beschwerden über Umweltbelastigungen entgegennimmt, wichtig zu wissen, ob vom Anrufer auch bereits andere Dienststellen der Stadt Wien eingeschaltet wurden. Damit will man Doppelgleisigkeit vermeiden und sicherstellen, daß die Ursachen der Beschwerden rasch und mit ökonomischem Einsatz der damit befaßten Dienststellen behoben werden können. (Forts. mgl.) and/rr

Forts. von Blatt 1670

Zilk kündigt die Schaffung von „Umweltärzten“ an

Wien, 11.8. (RK-KOMMUNAL) Die Schaffung von „Umweltärzten“ kündigte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK im Dienstag-Pressgespräch an. Zilk sagte, im Einvernehmen mit Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER solle es bereits ab Herbst Ärzte geben, die auf Umweltfragen spezialisiert sind. Der Bürgermeister brachte dies in Zusammenhang mit dem großen Erfolg der vor einem halben Jahr geschaffenen Umweltpolizei. (Schluß) and/rr

Mayr: Getränkesteuer wird überall in gleicher Weise eingehoben

Wien, 11.8. (RK-KOMMUNAL) Als uninformiert und unseriös bezeichnete Vizebürgermeister Hans MAYR am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters den ÖVP-Vorschlag, beim Weinverkauf über die Gasse in Buschenschenken auf die Einhebung der Getränkesteuer zu verzichten, der von der ÖVP damit begründet worden war, daß auch beim Weinverkauf in Supermärkten etc. keine Getränkesteuer zu entrichten sei. „Das ist schlicht und einfach falsch“, betonte Mayr, „die Getränkesteuer wird als zehnprozentiger Zuschlag auf den Verkaufspreis überall eingehoben.“ Mayr wies darauf hin, daß er die Getränkesteuer in der derzeitigen Form grundsätzlich für problematisch halte. Sinnvollerweise sollte sie wahrscheinlich mit festen Beträgen bei den Produzenten eingehoben werden.

Zur Situation der Heurigen meinte Mayr, daß man die Probleme durchaus ernst nehme. Seitens der Interessensvertretung der Heurigenwirte bzw. Weinbauern habe es allerdings bisher kaum konkrete Vorschläge gegeben. Zweifellos, so Mayr, sei die Konkurrenzsituation der Wiener Heurigen — zu deren Erhaltung Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Vizebürgermeister Mayr sich ausdrücklich bekannten — dadurch verschärft worden, daß in den letzten Jahren in Wien rund 500 neue Gaststätten entstanden sind. (Schluß) ger/gg

Stationstunnel Herrengasse: Frühestens Mitte September wieder Vortrieb

Wien, 11.8. (RK-KOMMUNAL) Verkehrsstadtrat Johann HATZL gab Dienstag in der Pressekonferenz des Bürgermeisters einen Überblick über die Situation im U3-Abschnitt „Herrengasse“, wo in 16 Meter Tiefe Quecksilber gefunden worden war. Seit 13. Juli 1987 sind dort in einer der drei in Bau befindlichen Röhren die Bauarbeiten eingestellt. Insgesamt 19 Personen, die schon vor Entdeckung des Quecksilbers mit kontaminierter Luft in Berührung gekommen waren, mußten im Spital behandelt werden, sind aber alle bereits wieder entlassen. Im August wird eine Nachuntersuchung stattfinden. Nach Auskunft der Arbeitsinspektorsärzte und des Institutes für Arbeitsmedizin wird es keine bleibenden Schäden geben. Derzeit sind die 19 Mitarbeiter noch im Krankenstand. Der Tunnelvortrieb kann frühestens Mitte September wieder aufgenommen werden.

Um weiterarbeiten zu können, ist eine Entsorgung des kontaminierten Erdreiches notwendig, dazu muß die Luft über eine Filteranlage etwa 20mal pro Stunde umgewälzt werden, um ein gefahrloses Betreten dieses Tunnelbereiches zu ermöglichen. Diese Lüftungs- und Filteranlage ist derzeit im Versuchsstadium.

Die bisher erfolgten Auswertungen der Bodenproben, die von der Oberfläche aus genommen wurden, ergaben eine relativ starke Kontamination des Bodens etwa zehn Meter von der Fundstelle in Richtung des Tunnelvortriebs. Lediglich eine schwache Belastung des Bodens wurde im übrigen Bereich der Stationsröhre festgestellt.

Für die Entsorgung des Materials wurden von den Experten der TU Wien und des Umweltamtes nun folgende Grenzwerte vorgeschlagen: Sehr hoch kontaminiertes Erdreich mit Werten von mehr als 0,5 Gramm Quecksilber pro Kilogramm muß über Verbrennung und Kondensation des Quecksilbers gereinigt werden, was in den EBS möglich wäre. Man rechnet mit etwa 100 Kubikmeter solchen Erdreichs. Bei einem Quecksilbergehalt zwischen 10 und 500 Milligramm pro Kilogramm soll versucht werden, das Aushubmaterial an Ort und Stelle mit Bentonit und verschiedenen Chemikalien abzumischen, wodurch das Quecksilber gebunden wird und danach deponiert werden kann. Davon sind voraussichtlich rund 4.000 Kubikmeter Erde betroffen. Bei einem Quecksilbergehalt unter 10 mg/kg kann das Aushubmaterial ohne besondere Maßnahmen auf einer Deponie der Klasse 2 oder 3 gelagert werden.

Derzeit werden Abluftversuche mit verschiedenen Filtermedien durchgeführt, etwa Mitte September könnte eine endgültige, große Filteranlage installiert sein. Auch durch die laufenden Versuche werden die Luftwerte so weit gesenkt, daß nächste Woche mit leichten Atemschutzgeräten mit der Verpackung des hoch kontaminierten Erdreiches, das verbrannt werden muß, in Fässer begonnen werden kann. Der Tunnelvortrieb kann frühestens Mitte September mit der Filteranlage wieder aufgenommen werden und wird dann im vom Quecksilber verunreinigten Bereich, voraussichtlich etwa zehn Meter, natürlich langsamer als unter normalen Umständen erfolgen.

Herkunft des Quecksilbers ungeklärt

Die Herkunft des Quecksilbers ist nach wie vor ungeklärt. Es gibt nur Vermutungen von Historikern. So soll sich in der Zwischenkriegszeit im Bereich des Niederösterreichischen Landesmuseums eine Werkstätte zur Bildrestaurierung befunden haben, wobei Quecksilber zur Bedampfung von Bildoberflächen verwendet wurde. Dort gibt es auch einen zugeschütteten Brunnen, der nahe an den Fundort des Quecksilbers heranführt.

Natürlich besteht auch die Möglichkeit, daß Quecksilber im Laufe des Zweiten Weltkrieges — bei Bombenangriffen — verloren gegangen ist.

Die Herkunft des Quecksilbers könnte aber auch wesentlich weiter zurückdatieren. So wurde dieser Stoff seit dem 13. Jahrhundert zu medizinischen Zwecken, vor allem zur Behandlung der Syphilis, verwendet. Im Bereich der heutigen Niederösterreichischen Landesregierung befand sich im 16. bis 18. Jahrhundert ein Trakt des Hofspitals. Noch früher, angeblich bis 1488, soll sich in der Herrengasse ein Labor italienischer Alchemisten befunden haben. Von diesem Labor, wo Quecksilber in großem Ausmaß verwendet wurde, ging 1488 ein Brand aus, der ein Drittel der Stadt zerstörte. (Schluß) roh/gg

Forts. von Blatt 1674

Zilk-Kritik an Erlaß des Verkehrsministeriums

Protest gegen „Bestrafung“ des KAT-Einbaus

Wien, 11.8. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK protestierte heute Dienstag in seinem wöchentlichen Pressegespräch gegen einen Erlaß des Verkehrsministeriums, wonach der nachträgliche Einbau eines Katalysators von der Behörde im Zulassungsschein eingetragen werden muß. Diese Eintragung ist mit Bundesabgaben in Höhe von mindestens 390 Schilling verbunden. Dies sei „Behördenwillkür“ und eine „Bestrafung“ von Autofahrern mit umweltfreundlicher Einstellung, betonte Zilk. Er schloß eine ähnliche Vorgangsweise vor, wie bei der gesetzlich vorgeschriebenen, regelmäßigen KFZ-Überprüfung („Pickerl“), die von Fachwerkstätten vorgenommen wird. (Schluß) red/rr

Hatzl zur Müllverbrennung

Wien, 11.8. (RK-KOMMUNAL) Wie Stadtrat Johann HATZL Dienstag in der Pressekonferenz des Bürgermeisters auf Anfrage feststellte, sei es sehr bemerkenswert, daß Vizebürgermeister Dr. Busek nun den Bau einer dritten Wiener Müllverbrennungsanlage in Simmering, wo es große Wohngegenden und viele landwirtschaftliche Betriebe gibt, fordert. Da man davon ausgehen müsse, daß die Belastung durch eine mit modernsten Filteranlagen ausgerüstete Müllverbrennungsanlage in der Spittelau genauso minimal sein wird wie es jetzt offenbar von Busek für die Simmeringer Bevölkerung angenommen wird, führe sich damit die ganze Kampagne der ÖVP gegen den Standort Spittelau ad absurdum, sagte Hatzl. Es sei aber jedenfalls erfreulich, daß Busek, der zuerst die Schließung der ersten Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig verlangt und dann den Wiederaufbau der Spittelau abgelehnt habe, nun offenbar auf eine sachlichere Linie einschwenke. (Schluß) roh/gg